NIEDERSCHRIFT StuB/024/2013

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 14.03.2013 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Joachim Dübbelde

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernhard Faltmann Vertretung für Herrn
Bernhard Kortmann

Herr Andreas Groll
Herr Ludger Kleideiter Vertretung für Herrn
Bernd Kösters

Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz Becks
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Ralf Flüchter
Herr Dr. Rolf Sommer

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Thomas Walbaum

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Knüwer

Vortragender Gast:

Herr Brockmann zu TOP 1. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Frau Michaela Besecke
Herr Jürgen Erfmann
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses Ecke Ostwall/Schmiedestraße

Herr Brockmann stellt die Planung vor.

Frau Besecke erläutert unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage die Abweichungen vom Bebauungsplan.

Auf Nachfrage von Herrn Becks zur Anzahl der Wohnungen und Stellplätze teilt Herr Brockmann mit, dass zwischen 7 und 8 Wohnungen entstehen sollen. Dabei sei noch nicht endgültig festgelegt, ob kleine oder große Wohneinheiten entstehen. Insgesamt entstünden 16 Stellplätze, 10 in der Tiefgarage und 6 auf dem Grundstück.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Zu dem geplanten Vorhaben wird das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB erteilt.

Stimmabgabe: einstimmig

2. 8. Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"

hier: Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, die 8. Änderung des Bebauungsplanes „Wüllen“ entsprechend der Ausführungen vorzubereiten. Parallel wird ein städtebaulicher Vertrag erarbeitet.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"

hier: Grundlagenermittlung zur Änderung des Bebauungsplanes

Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Walbaum lobt die gute Sitzungsvorlage der Verwaltung, allerdings vermisse er immer noch das Konzept für das geplante Mehrgeneratio-

nenhaus. Solange er nicht wisse, was der Bauherr dort verwirklichen möchte, könne er auch nicht abstimmen. Schließlich wolle der Bauherr mit der Begründung, dass er ein Mehrgenerationenhaus errichten wolle, von den Festsetzungen des Bebauungsplanes abweichen.

Frau Besecke erläutert, dass deshalb der Beschlussvorschlag so formuliert sei, dass die Verwaltung mit dem Antragsteller zunächst dieses Konzept erarbeitet. Auf der anderen Seite müsse man sehen, wie das Konzept mit Inhalt gefüllt werde, dabei dürfe die Messlatte nicht zu hoch liegen, aber auch nicht zu niedriger liegen, sonst würde jeder ein Mehrgenerationenhaus bauen wollen.

Herr Brockamp möchte, dass der Begriff „Mehrgenerationenhaus“ komplett gestrichen wird. Nach seiner Meinung werde dieser Begriff nur verwandt, um das Vorhaben „schmackhaft“ zu machen. Im Prinzip gehe es hier um ein Wohnhaus, auch wenn z. B. ein Aufenthaltsraum geschaffen würde. Er wolle nicht, dass Ausnahmen zugelassen werden, nur weil das Vorhaben als Mehrgenerationenhaus bezeichnet werde.

Man müsse aufpassen, dass hier kein Mehrfamilienhaus als Präzedenzfall entstehe, so Frau Besecke.

Herr Dübbelde erkundigt sich, wie denn sichergestellt werden könnte, dass bestimmte Vorgaben für ein Mehrgenerationenhaus, wie z. B. ein Versammlungsraum auch dauerhaft eingehalten werden.

Frau Besecke führt aus, dass man praktisch nicht dafür sorgen könne, dass die Räume dauerhaft zweckentsprechend genutzt werden. Verwaltungsseitig werde dieses Risiko auch gesehen.

Herr Flüchter hält es für sinnvoll, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen und weitere Gespräche mit dem Antragsteller zu führen. Er wolle nicht davon abgehen, von einem Mehrgenerationenhaus zu sprechen. Dieses müsse mit einem Konzept hinterlegt und entsprechende Festsetzungen in einem städtebaulichen Vertrag festgeschrieben werden.

Des Weiteren sei es ihm nicht möglich zu beurteilen, welche Konsequenzen die vorgeschlagene Überarbeitung des Bebauungsplanes habe. Die Grünen hätten in einem Antrag zwar die Überarbeitung älterer Bebauungspläne gefordert. Gleichwohl wollten sie aber auch den Gebietscharakter erhalten. Dennoch müsse man in die Zukunft schauen. Er schlage vor, noch nicht den Auftrag zur Überarbeitung des Bebauungsplanes zu erteilen, sondern es sollte zuerst ein Konzept mit dem Für und Wider evtl. Änderungen erstellt werden.

Frau Besecke weist darauf hin, dass immer zunächst ein Konzept vorgestellt werde.

Herr Spengler berichtet, dass er sich in Oldenburg ein Mehrgenerationenhaus angesehen habe. Das Bauvolumen sei nicht größer gewesen als bei den angrenzenden Häusern auch. Von einem Mehrgenerationenhaus sollte man nicht abgehen und mit dem Bauherrn dafür sorgen, dass

es in der richtigen Größe gebaut wird.

Herr Knüwer möchte sich von dem Begriff „Mehrgenerationenhaus“ nicht trennen und fragt nach, inwiefern Festlegungen in einem städtebaulichen Vertrag getroffen werden können.

Frau Besecke teilt mit, dass sich die Verwaltung zunächst mit der möglichen rechtlichen Umsetzung beschäftigen müsse.

Herr Walbaum hält es für ein falsches Signal, den Begriff „Mehrgenerationenhaus“ zu streichen, da der Bauherr noch nicht die Möglichkeit gehabt habe, das Vorhaben mit Leben zu füllen. Außerdem sei es ihm wichtig, dass Mehrgenerationenhäuser nicht irgendwo entstehen, sondern in bestehende Wohngebiete integriert werden und hierfür auch ggf. kleinere Abweichungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zugelassen werden.

Herr Dr. Sommer merkt an, dass ein Mehrgenerationenhaus als positive Entwicklung dargestellt werden könne. Wenn der Begriff gestrichen würde, könnte das als Misstrauen von Seiten der Politiker ausgelegt werden.

Herr Schulze Temming schließt aus den Wortbeiträgen, dass von allen eine Definition des Begriffs „Mehrgenerationenhaus“ gewünscht werde und deshalb dem Verwaltungsvorschlag gefolgt werden sollte.

Herr Brockamp stellt klar, dass er nicht Ausnahmen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zulassen möchte, nur weil das Vorhaben als Mehrgenerationenhaus bezeichnet werde. Es gehe hier um ein Mehrfamilienhaus.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Antragsteller das Konzept eines Mehrgenerationenhauses weiter aufzuarbeiten. Dabei ist jedoch das Maß der baulichen Nutzung, wie im Sachverhalt beschrieben, beizubehalten. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten eine gesamte Überarbeitung des Bebauungsplanes vorzubereiten.

Stimmabgabe: einstimmig

**4. Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa
hier: Weiterentwicklung eines Plankonzeptes**

Der Bezirksausschuss hat diesen Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 7. März 2013 von der Tagesordnung abgesetzt, weil kurzfristig ein Antrag für den Bereich Kentrup vorgelegt wurde.

Herr Mollenhauer appelliert an die Ausschussmitglieder, den Tagesordnungspunkt dennoch heute zu beraten. In absehbarer Zeit sollte ein Flächennutzungsplan zur Rechtskraft gebracht werden, um eine Ausschlusswirkung zu erzielen. Auch wenn der Antrag erst knapp vor der Sitzung eingegangen sei, sei über das Thema an sich eingehend sowohl in

den Bürgerversammlungen Steinfurter Aa und Risauer Berg als auch in Ausschusssitzungen gesprochen worden. Er schlage vor, die Verwaltung mit der Einleitung des Planverfahrens zu beauftragen und parallel eine Bürgerversammlung für den Bereich Kentrup durchzuführen. Damit werde noch nichts festgezurr, aber man komme weiter.

Herr Dübbelde äußert Bedenken, den Bezirksausschuss zu übergehen.

Herr Becks sieht auch keine Notwendigkeit hierfür. Er fordere von der Verwaltung eine Sitzungsvorlage, in der die Eingabe Kentrup berücksichtigt wird.

Herr Mollenhauer betont, dass der Rat Herr des Flächennutzungsplanverfahrens sei. Wenn auf jeden Bürgerantrag hin, das Verfahren verschoben werde, dann komme man nie zum Ziel. Für den Bereich Kentrup hätte damals genauso wie für die Bereiche Steinfurter Aa und Risauer Berg eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden können, wenn die Antragsteller zeitgleich einen Antrag eingebracht hätten. Es sei aber nichts gekommen. Bisher habe es sich um Vorüberlegungen zum Verfahren gehandelt. Die Bürgeranregungen seien für das eigentliche Flächennutzungsplanverfahren ohne Bedeutung. Alles was gewollt sei, müsse städtebaulich begründet werden.

Herr Becks erwidert, dass er erst heute die Niederschrift vom Bezirksausschuss erhalten habe und in der Fraktion hierüber noch nicht beraten werden konnte.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass erst in einer Woche im Rat ein Beschluss gefasst werden soll, also noch eine Woche Zeit für fraktionsinterne Beratungen wäre.

Herr Knüwer führt an, dass man angetreten sei, nur zusammen mit den Bürgern Flächen für die Windenergie auszuweisen. Einige Bürger hätten gesagt, dass sie mit einem Windpark Steinfurter Aa nur einverstanden seien, wenn in Kentrup keine Anlagen entstehen. Er wolle wissen, wie viele das gewesen seien und ob dadurch das Mehrheitsverhältnis kippe.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass zwei Anlieger, die sich zunächst gegen den Windpark Steinfurter Aa ausgesprochen hätten, ihre ablehnenden Stellungnahmen zurückgenommen hätten. Sie würden einem Windpark Steinfurter Aa zustimmen, wenn in Kentrup keine Anlagen entstehen. Wenn sich eine breite Zustimmung für den Bereich Kentrup ergäbe und der Bereich Steinfurter Aa kritisch gesehen würde, könnte auch für den Bereich Kentrup ein Planverfahren auf den Weg gebracht werden. Diese Fragen könnten aber erst beantwortet werden, wenn Stellungnahmen aus dem Bereich Kentrup vorliegen.

Herr Knüwer weist darauf hin, dass die Windfelder so nah beieinander liegen, dass es eigentlich ein Windfeld sei. Deshalb müssten erst die Bürger im Bereich Kentrup befragt werden, bevor hier beraten werde.

Nach weiterer Erörterung wird verwaltungsseitig zur Verdeutlichung noch einmal ausgeführt, dass die Verwaltung mit der Durchführung einer Bürgerversammlung für den Bereich Kentrup und parallel dazu mit der Erstellung eines Plankonzeptes unter Berücksichtigung der Bürgermeinungen beauftragt werden sollte, damit das Plankonzept noch vor den Sommerferien beraten werden könne, um dann anschließend die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen zu können. Die Bezirksregierung warte hierauf, weil sie die Ergebnisse in ihre Planungen mit einfließen lassen wollen.

Herr Spengler möchte zunächst in der Fraktion beraten und schlägt vor, über den Beschlussvorschlag nicht heute, sondern im Rat abzustimmen.

Herr Flüchter spricht sich ebenfalls für eine Entscheidung im Rat aus.

Die Ausschussmitglieder schließen sich dem Vorschlag des Herrn Spengler einvernehmlich an.

5. Inhaltliche und finanzielle Beteiligung der Stadt an einem Windpark hier: Generelle Informationen zu Grenzen und Möglichkeiten der Beteiligung

Die Ausführungen der Verwaltung dienen zur Information.

6. Umzug des Jugendzentrums in die neu zu schaffenden Räumlichkeiten im Untergeschoss des Realschulgebäudes

Herr Struffert erläutert wie schon in der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Kultur die Zielsetzung und Ausstattung des neuen Jugendzentrums unter Berücksichtigung der Einsparungen.

Herr Erfmann stellt die Baukosten vor.

Herr Becks erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Vorhaben zustimme. Sie freuen sich, endlich wieder ein vernünftiges Jugendzentrum zu bekommen.

Herr Brockamp stimmt dem ebenfalls zu. Allerdings wolle er zur Ratssitzung eine aktuelle und detaillierte Aufstellung der Kosten und der Zuschüsse vorgelegt bekommen.

Auf Nachfrage von Herrn Walbaum wird bestätigt, dass das Jugendzentrum komplett barrierefrei gebaut wird.

Herr Flüchter macht deutlich, dass die Grünen das Projekt befürworten und fügt an, dass das Jugendzentrum eine gewisse Grundattraktivität haben müsse, um Zulauf zu bekommen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Dem verwaltungsseitig vorgestellten Umbaukonzept wird zugestimmt. Der Bauantrag ist einzureichen. Nach Zusage der Fördermittel sind die Umbauarbeiten auszuschreiben.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Mitteilungen**7.1. Defekt an der Ampelanlage Baumgarten - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer teilt zum Hinweis des Herrn Brockamp in der HFA-Sitzung am 29.01.2013 auf die defekte Ampelanlage Baumgarten mit, dass die Reparatur schon auf den Weg gebracht war und die Ampel am 30.01.2013 repariert wurde. Der Taster sei durch Vandalismus beschädigt worden.

7.2. Obstbäume am Sportzentrum Helker Berg - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt aufgrund mehrerer Nachfragen von Herrn Brockamp zum Rückschnitt der Obstbäume am Helker Berg mit, dass die meisten Obstbäume in Billerbeck von einem externen Dienstleister sehr preisgünstig gepflegt würden. Der Dienstleister verfüge über langjährige Erfahrungen im Obstbaumschnitt. Bei den Pflegeschnitten würden Intensiv- und Extensivpflegeschnitte und Randbedingungen wie Fehlbildungen, Krankheiten, Bruchbildung und Lichtraumprofil berücksichtigt. So ergäben sich augenscheinlich manchmal Bilder, die auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinen, aber mittelfristig ihren Sinn machten. Zur Nachfrage von Herrn Brockamp, warum nicht gleichzeitig mit dem Rückschnitt die Bäume auch mit einem Schutz versehen wurden, teilt Herr Mollenhauer mit, dass der Baumschutz von Mitarbeitern des Bauhofs angebracht wurde. Nachdem begonnen wurde, hätten die Kollegen zum Winterdienst ausrücken müssen. Inzwischen seien alle Bäume mit einem Schutz versehen.

7.3. Defekte Umzäunung Regenrückhaltebecken - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer führt aus, dass Herr Gerding in der Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung am 31.01.2013 auf die defekte Umzäunung des Regenrückhaltebeckens am Friedhof hingewiesen und um Abhilfe gebeten hatte. Hierzu führe der Abwasserbetrieb aus, dass es sich nicht um einen Schutzzaun, sondern um einen Wildverbisszaun handle, der nicht erneuert werde. Die Anpflanzungen und die Schilfpflanzen im Uferbereich seien inzwischen so gut und dicht gewachsen, dass eine Gefähr-

dung für Kleinkinder weitestgehend ausgeschlossen werden könne.

7.4. Bahnhofsuhr - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf die Nachfrage von Herrn Becks in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 31.01.2013, warum am Bahnhof keine Uhr mehr vorhanden sei und teilt mit, dass die Stadt eine neue Uhr (über 2.000,--- €) anbringen wolle und zurzeit Angebote eingeholt würden.

7.5. Berkelwanderweg - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zum Hinweis des Herrn Spengler auf den in Mitleidenschaft gezogenen Weg zwischen Dreitelkamp II und der Berkelaue mit, dass der Weg kurz nach der Anfrage in Ordnung gebracht wurde.

Herr Spengler wirft ein, dass der Weg aber immer noch nicht in Ordnung sei.

7.6. Zustand Berkelwanderweg - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zum Hinweis des Herrn Brockamp auf Einbrüche an der Uferkante am Berkelwanderweg im Bereich des Wassertretbeckens mit, dass eine Böschungssicherung veranlasst wurde. Der Auslauf des Wassertretbeckens werde eingefasst und gereinigt.

7.7. Instandsetzung von Steckdosen in der Zweifachturnhalle - Herr Gerding

Zum Hinweis des Herrn Gerding auf offene Steckdosen, einen nicht funktionierenden Haartrockner und aus der Wand heraus hängende Kabel in der Zweifachturnhalle teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Mängel am 12.03.2013 beseitigt wurden. Bei den aus der Wand heraus hängenden Drähten habe es sich um stromlose Klingeldrähte gehandelt, die Steckdosen seien alle in Ordnung gewesen. Hilfreich wäre es, wenn die Hallennutzer Defekte ins Hallenbuch eintragen würden, dann könnten Defekte schneller behoben werden.

7.8. Unmut einiger Bürger über Baumfällaktionen und Verbleib des Holzes - Herr Mollenhauer

Zur Anfrage von Herrn Brockamp in der Umwelt- und Denkmalaussschusssitzung am 28.02.2013 teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Maßnahmen durch Herrn Hommel in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Denkmal und Feuerwehrangelegenheiten vorab vorgestellt wurden.

Da es sich auch um Maßnahmen im Naturschutzgebiet und an der Kreisstraße gehandelt habe, sei auch die untere Landschaftsbehörde vorab hinzu gezogen worden. Die Heckenpflagemassnahmen seien überwiegend durch den Heckenpflagemanager des Kreises koordiniert worden. Die Maßnahmen hätten viel Zeit und Geld gekostet und wären sicherlich nicht durchgeführt worden, wenn sie nicht erforderlich wären. An der Berkel sei im letzten Jahr eine Weide ohne Vorwarnung umgefallen. Manchmal seien die Schäden von außen nicht sichtbar. Die Weiden seien auch nicht alle beseitigt worden, sondern seien zu Kopfweiden umgestaltet worden. Vor Ort könne man sich an den zurückgeschnittenen Weiden davon überzeugen, dass die Weiden hohl und krank waren.

Das Holz sei überwiegend in das Eigentum der Unternehmer übergegangen, wodurch Kosten gesenkt werden konnten. Das am Dreitelkamp anfallende Kaminholz sei tlw. von den Anliegern und tlw. von den Stadtmitarbeitern zum Preis von 12,50 €/cbm erworben worden.

Der Heckenschnitt im Bereich Dreitelkamp hätte schon längst abgeholt werden sollen. Die Verzögerung sei auf eine defekte Maschine des Unternehmers zurückzuführen.

Herr Dübbelde erkundigt sich, warum im Bereich des Berkelquellteiches Stümpfe von 1,50 m Höhe stehen gelassen wurden.
Herr Erfmann teilt mit, dass noch nachgeschnitten werden müsse.

Herr Faltsmann erkundigt sich, um welche Holzmengen es sich beim Kaminholz handele.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass 25 Raummeter Holz verkauft wurden.

8. Anfragen

8.1. Umbauarbeiten am Bahnhof - Herr Becks

Herr Becks erkundigt sich, ob die Verwaltung etwas zu den Baumaßnahmen am Bahnhof sagen könne.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass Veränderungen im Inneren des Bahnhofsgebäudes vorgenommen würden, damit die Räumlichkeiten besser nutzbar seien. Als nächster Schritt werde die Küche im alten Stellwerk eingerichtet.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Sommer teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Arbeiten in der nächsten Woche abgeschlossen sein sollen, weil dann auch wieder eine Veranstaltung stattfindet.

8.2. Fehlendes Geländer an einer Rampe - Herr Walbaum

Herr Walbaum weist darauf hin, dass im rückwärtigen Bereich des Bio-Ladens in der Langen Straße eine Rampe installiert wurde, an der noch das Geländer fehle.

Frau Besecke teilt mit, dass die Bauabnahme noch nicht erfolgt sei und die Anbringung eines Geländers sicherlich Gegenstand der Baugenehmigung sei.

8.3. Regularien für die Aufstellung von Ortseingangsschildern - Herr Dübbelde

Herr Dübbelde erkundigt sich, nach welchen Regularien die Ortseingangsschilder aufgestellt würden. Das Schild an der Osterwicker Straße sei so installiert, dass die Bewohner des Wohngebietes Gantweger Bach hinter dem Ortsschild wohnen und die Umgehungsstraße am Dreitelkamp sei außerorts.

Frau Dirks sagt zu, dass die Regularien dem Ausschuss vorgestellt werden.

8.4. Fertigstellung der von-Twickel-Straße - Herr Spengler

Herr Spengler erkundigt sich, ob die von-Twickel-Straße noch in diesem Jahr fertiggestellt werde.

In diesem Jahr werde voraussichtlich der Endausbau angegangen, so Herr Mollenhauer. Mit dem Ausbau könne dann voraussichtlich Anfang nächsten Jahres begonnen werden.

Herr Spengler fragt nach, wann die bereits für den Winter zugesagte Aufstellung von zusätzlichen Leuchten erfolge.

Herr Mollenhauer erläutert, dass nach seinem Kenntnisstand die Aufstellung auf den Weg gebracht worden sei. Nachdem nun der Winter vorbei sei, würde die Aufstellung wahrscheinlich mit dem Endausbau koordiniert.

8.5. Defekte Leitplanke bei Thumann - Herr Groll

Herr Groll weist darauf hin, dass die bei einem Unfall beschädigte Leitplanke vor der Gaststätte Thumann noch nicht wieder hergestellt wurde.

Vielleicht könne die Verwaltung den Landesbetrieb hierauf hinweisen.

Verwaltungsseitig wird auf die Zuständigkeit des Landesbetriebes verwiesen.

Jochen Dübbelde
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin